

„Wenn die Polizei nachts die Kinder aus den Betten holt...“

Abschiebung der Familie Bulut: Stellungnahme der Gnarrenburger Schule – „Wie sollen wir den Integrationsgedanken jetzt vermitteln“

Gnarrenburg (ts). Noch immer steht die Haupt- und Realschule Gnarrenburg unter Schock. Wie berichtet, wurde in dieser Woche die Gnarrenburger Familie Bulut, darunter zwei Schülerinnen und ein Schüler der HRS Gnarrenburg, über Nacht abgeschoben. Wir veröffentlichen ein Schreiben des Kollegiums der Gnarrenburger Schule an das Niedersächsische Innenministerium im Wortlaut.

„Wir mussten am Mittwoch fassungslos zur Kenntnis nehmen, dass fünf Kinder der Familie Bulut zusammen mit ihren Eltern in der Nacht abgeholt wurden und nun sehr wahrscheinlich schon in die Türkei abgeschoben worden sind. Wir möchten als Lehrerinnen und Lehrer der Kinder, aber auch als Mitbürger, folgendermaßen dazu Stellung nehmen: Wir gehen davon aus, dass diese Entscheidung



müssen, wenn diese Kinder nachts von der Polizei aus den Betten geholt werden.

Wie sollen wir Kindern, die im Vertrauen auf unseren Rechtsstaat und die demokratische Grundordnung, auf Menschenrechte und Mitmenschlichkeit, in Briefen an zuständige Institutionen um humanitäre Hilfe für ihre Freunde bitten, verständlich machen, dass darauf in keiner Weise reagiert wird?

Wie sollen wir den Gedanken der Integration, Toleranz und Völkerverständigung glaubhaft vermitteln, wenn unsere Schüler erfahren müssen, dass Mitschüler, die vollständig in unser (Schul-)Leben integriert waren, für die Deutschland ‚Heimat‘ ist, in ein für sie fremdes Land mit unbekannter Sprache und in eine völlig ungewisse Zukunft abgeschoben werden?!

Von der Polizei aus den Betten geholt: Die Töchter der Gnarrenburger Familie Bulut, Fatma (von links), Amira und Muene, unmitttelbar vor der Abschiebung. Foto: Schmidt

Verantwortung zu verstehen und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen (Paragraph 2 Schulgesetz Niedersachsen) und andererseits zusehen

Wir sehen allerdings eine große Notwendigkeit, darauf hinzuwirken, dass es in solchen Verfahren immer auch eine humanitäre Ebene geben muss! Insbesondere

auf rechtlich einwandfreien Füßen steht. Eine rechtliche Einordnung oder auch Beurteilung des Falles ist uns nicht möglich und darum geht es uns nicht.

dann, wenn es um Kinder geht. Wir möchten nicht kommentarlos hinnehmen, dass wir einerseits beauftragt sind, unsere Kinder zu befähigen, eine staatsbürgerliche